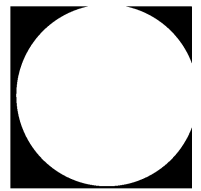


**D****V****P****W**

## **Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?**

### **24. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 21. bis 25. September 2009**

Das Wort des Jahres 2007 der Gesellschaft für deutsche Sprache lautete „Klimakatastrophe“; das Intergovernmental Panel on Climate Change und Al Gore erhielten den Friedensnobelpreis für „ihre Bemühungen, ein besseres Verständnis für die von Menschen verursachten Klimaveränderungen zu entwickeln und zu verbreiten und dafür, dass sie die Grundlagen für die Anstrengungen gelegt haben, um diesen Veränderungen zu begegnen“. Die Diskussion um den Klimawandel und seine Folgen beherrschte wochenlang die Schlagzeilen. Die Aktualität dieser Thematik und das kurzfristige Medieninteresse schwanken – vor allem in Abhängigkeit von Naturereignissen und wissenschaftlichen Krisenszenarien sowie deren Zurückweisung. Die ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgeprobleme von Stürmen, Dürren und Überschwemmungen sind aber dauerhaft und allgegenwärtig. Und ganz egal auf welche Seite der naturwissenschaftlichen Befunde und Prognosen man sich schlägt: Diese Probleme müssen heute, mit Wirkungen für morgen, bearbeitet werden, und es ist in erster Linie die Politik, es sind die politischen Systeme und Akteure, die diese Herausforderungen bewältigen müssen.

„Klimawandel“ ist aber auch in ganz anderem Sinne zu beobachten. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren gekennzeichnet von vergleichsweise stabilen politischen Rahmenbedingungen und kalkulierbaren Handlungsspielräumen. Dies galt international unter den Bedingungen des Kalten Krieges, und es galt national für die demokratischen Verfassungsstaaten. Dort gab es prinzipiell und strukturell – wenngleich nicht aktuell zu jedem Zeitpunkt erfüllt – die Möglichkeit, die Anforderungen einer mit gleichen Rechten ausgestatteten Bürgerschaft in Einklang zu bringen mit den Entscheidungen und Steuerungsleistungen der politischen Institutionen. Innerhalb des eingegrenzten Territoriums und der damit auch beschriebenen politisch-kulturellen Gemeinschaft existierten regulative Ideen von Gemeinwohl, ein einheitsstiftender Grundkonsens bei gleichzeitiger Akzeptanz von Streitbefangenheit als dynamisches Element von Gesellschaft. Auf dieser Basis wurden Interessen in den politischen Prozess eingebracht, die von freien, aber verantwortlichen, rückgebundenen Repräsentanten abgewogen und ausgeglichen wurden. Diese Repräsentanten verfügten dabei über die Instrumente, die Autorität und hierarchische Machtstellung, die es ihnen erlaubten, jenes, wofür sie von den Bürgern verantwortlich gemacht wurden, auch tatsächlich zu verantworten. Klare und zahlenmäßig begrenzte gesellschaftliche Konfliktlinien sorgten für stabil organisierbare Interessen und deren politische Vertretung.

Inzwischen sind Gesellschaften geprägt von sich immer weiter ausdifferenzierenden Interessen, muss sich Politik immer mehr auf Individualisierung einerseits, Entgrenzung andererseits – wenn auch längst nicht für alle und alles – einstellen. Dies hat in vielen Ländern zivilgesellschaftliche Aktivitäten verstärkt, mit denen zu adäquaten Problemlösungen beigetragen, soziale Verträglichkeit und Integration verbessert werden können. In dem Maße aber, in dem die klassischen politischen Institutionen des Nationalstaates nicht mehr über die Determinanten der Problembeschreibung und Problemlösung verfügen und Steuerungskapazitäten verlieren, büßen sie, die die gemeinwohlorientierte Letztentscheidung zu verantworten haben, Responsivität ein. Daraus entstehen zuerst Akzeptanzdefizite, die über längere Zeit in Legitimitätsdefizite des politischen Systems als Ganzes umschlagen können: Das politische „Klima“ verändert sich.

Auch für die internationalen Beziehungen stellt der Wandel des natürlichen Klimas eine neue Herausforderung dar. Der globalen Interdependenz des Problems muss durch ebenso globale zwischenstaatliche Kooperation begegnet werden. Auch wenn das Problem alle Staaten betrifft, so betrifft es sie nicht in gleicher Weise: Während einige Länder besonders viel zum Problem beitragen, werden andere besonders unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Neben das Problem der Kooperation tritt das Problem der gerechten Lösung – nicht nur zwischen den Nationen, sondern auch zwischen den Generationen. Angesichts der großen Machtunterschiede in der Staatenwelt ist wenig Grund zum Optimismus gegeben. Hier wächst der transnationalen Zivilgesellschaft große Bedeutung zu: Die Forschung und internationale NGOs haben frühzeitig und nachhaltig auf die Folgen des Klimawandels hingewiesen. Dennoch haben fast 40 Jahre Wissen nur zögerlich zur politischen Reaktion der Staatenwelt geführt: die Kooperation der Mächtigen für eine gerechte Lösung ist noch nicht erreicht.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs hat sich auch das zwischenstaatliche politische Klima gewandelt. Die Angst vor dem großen Atomkrieg ist der Angst vor dem fundamentalistischen Terror gewichen. Der ideologisch motivierte Kampf der politischen Systeme Sozialismus versus Kapitalismus stellt sich heute eher als ein Gegensatz von Demokratien und Autokratien dar; die Bemühungen um Demokratisierung, um Menschenrechte und um die (Wieder-) Herstellung von (Rechts-)Staatlichkeit stehen im Vordergrund der westlichen internationalen Politik. Auch hier greifen zivile und supranationale Akteure zunehmend in die Gestaltung der internationalen Politik ein.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind gewalttätige innerstaatliche Konflikte stärker in den Blickpunkt der Politik, der Öffentlichkeit und der Politikwissenschaft geraten. Die Ursachen dieser Bürgerkriege sind vielfältig. Neben ethnischen, religiösen oder politisch-institutionellen Ursachen steht der Kampf um Ressourcen: Öl, Diamanten, Uran, Wasser, Gas oder Gold und zunehmend die klimatisch bedingte Verschlechterung der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten werden als kriegsauslösende oder -verlängernde Faktoren diskutiert. Die internationale Gemeinschaft hat zwar die Verantwortung erkannt; die bisherigen Versuche der Friedensstiftung – etwa in Form von UN-Missionen – waren jedoch wenig erfolgreich. In Politik und Wissenschaft herrscht Ratlosigkeit, was der Beitrag der internationalen

Gemeinschaft sein kann, um in gespaltenen Gesellschaften nachhaltigen Frieden zu erreichen.

Diese Beschreibungen von natürlichem und politischem „Klimawandel“ sind eng miteinander verknüpft. Der von Menschen gemachte Klimawandel in der Natur und die (auch daraus) resultierenden Ressourcenkonflikte gefährden die Lebenschancen der Menschen und den Weltfrieden. Es sind allerdings nicht alle davon in gleicher Weise betroffen: Für einige werden elementare Grundgüter wie Nahrung, Wasser und Sicherheit prekär, andere können die Folgen abmildern, und wieder andere gehören zu den Profiteuren der Veränderungen. Dies gilt ebenso für die Ursachen: Nicht alle haben in gleichem Ausmaß durch ihr Verhalten den Klimawandel herbeigeführt. In der Tat sind vor allem jene Regionen der Welt besonders betroffen, die zur Erderwärmung viel weniger beigetragen haben. Bei dieser Asymmetrie von Ursachen und Folgen regulierend einzugreifen und eine Trendwende in der globalen Erwärmung herbeizuführen ist zentrale Herausforderung für die Politik der kommenden Jahrzehnte. Das veränderte politische Klima zwischen Bürgern und Politik wie zwischen den Staaten macht diese Aufgabe nicht leichter.

Um die Situation der Politik im Klimawandel zu analysieren und zu beurteilen, ist die Politikwissenschaft in der ganzen Breite der Disziplin gefordert. Weniger die naturwissenschaftlichen Klimaforscher als vielmehr die Politikwissenschaftler sind gefragt, wenn es darum geht,

- gerechte Lösungen zu diskutieren und zu begründen;
- Konflikte, Interessen und Machtpotenziale der relevanten Akteure offen zu legen;
- die Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung zu analysieren;
- Regierungssysteme, Verfassungen und Institutionen auf Konsequenzen der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen zu prüfen und
- den politischen Raum jenseits des Staates, die spezifischen Probleme internationaler Abkommen, supranationaler Organisationen wie auch zivilgesellschaftlicher Akteure zu untersuchen.

Die DVPW will mit ihrem 24. Kongress einen wissenschaftlichen Beitrag dazu leisten, die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik in diesem mehrfachen Klimawandel auszu-leuchten und die Chancen für demokratische Legitimität und soziale Gerechtigkeit zu diskutieren.